

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Deutsche Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.

Datum: 27.07.2026

Sachsen-Anhalt hat beim Kinderrechte-Index 2025 die Gesamtnote unterdurchschnittlich erhalten. So gibt es z. B. auch bei der Beteiligung junger Menschen Nachholbedarf. Werden Sie sich dafür einsetzen, das Wahlalter auf Landesebene in Sachsen-Anhalt auf 16 Jahre abzusenken?

Ja, das ist Beschlusslage der SPD Sachsen-Anhalt. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Die Absenkung des Wahlalters auf 16 stärkt politische Teilhabe und demokratische Verantwortung junger Menschen. Deshalb setzen wir uns dafür ein.“

Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um die Vorgaben der Istanbul-Konvention für Kinder in Sachsen-Anhalt vollständig umzusetzen? Werden Sie sich insbesondere für den Ausbau spezialisierter Beratungs- und Traumahilfeangebote, ausreichende Schutzplätze für betroffene Kinder sowie die Einrichtung eines interdisziplinären Child House beziehungsweise Child Advocacy Centers in Sachsen-Anhalt einsetzen? Falls nein, welche Alternativen schlagen Sie vor?

Kein Mädchen, kein Junge und auch keine Frau soll in ihrem Leben Gewalt erfahren. Leider ist die geschlechtsspezifische Gewalt auch in Sachsen-Anhalt hoch und hat in den letzten Jahren zugenommen. Die polizeilich erfassten Fälle häuslicher Gewalt stiegen im 5-Jahres-Vergleich von 2020 bis 2024 um rund 33 Prozent. Zudem ist von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen. Jede Betroffene hat ein Recht auf ein Leben frei von Gewalt. Keine Frau darf in Sachsen-Anhalt ohne Schutz und Hilfe bleiben. Dass es Bedarf gibt, zeigt sich daran, dass die Beratungsstellen mehr Beratungen durchführen.

Was für Frauen gilt, gilt auch für Ihre Kinder, die immer (!) von Gewalterfahrungen mitbetroffen sind. Alle Frauenhäuser im Land bieten Schutz für Frauen und ihre Kinder an. Die Frauenhäuser haben eine kindgerechte Ausstattung und bieten eine Kinderbetreuung. Alle Beratungs- und Unterstützungsangebote sind auf die gewaltbetroffenen Frauen und ihre Kinder ausgerichtet, um die Gewalterfahrungen zu bewältigen.

Den Ausbau von Frauenhäusern und Schutzwohnungen wollen wir im ganzen Land weiter vorantreiben. Die Beratungsinfrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum, wird gestärkt – durch wohnortnahe Außenstellen, mobile Beratungsangebote zur psychologischen Betreuung von Frauen und Kindern

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

und digitale Zugänge. In unserem Wahlprogramm heißt es: „Um im ländlichen Raum Krisenintervention, Schutz- und Sicherheitsplanung sowie Begleitung in Fällen von Frauenhandel, Zwangsverheiratung und ehrbezogener Gewalt weiterhin zu gewährleisten, erweitern wir die Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung in Sachsen-Anhalt (Vera) um eine Zweigstelle im südlichen Sachsen-Anhalt.“ In den letzten fünf Jahren der Koalition konnten viele Frauenhäuser baulich ertüchtigt, Personal aufgestockt, besser bezahlt und Hauswirtschaftlerinnen eingestellt werden.

Als SPD werden wir die Istanbul-Konvention und das Gewalthilfegesetz des Bundes konsequent im Land umsetzen. Dies soll ressortübergreifend und unter Einbindung der fachlich zuständigen Stellen sowie der Praxis des Hilfesystems erfolgen.

In der Landeshauptstadt Magdeburg wurde kürzlich ein neues Kinderschutzzentrum errichtet, wo Minderjährige betreut werden, die vorübergehend aus ihren Familien genommen werden müssen. Dies wird nach und nach im ganzen Land erfolgen.

Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode ergreifen, um allen von Gewalt betroffenen Kindern und Jugendlichen in Sachsen-Anhalt einen frühzeitigen, niedrigschwelligen und kostenfreien Zugang zu qualifizierter psychosozialer Prozessbegleitung sowie zu kindgerechten Vernehmungs- und Unterstützungsstrukturen zu gewährleisten?

Im Koalitionsvertrag Bund wurde vereinbart: „Bei Reformen des Familienrechts und Familienverfahrensrechts werden wir uns vom Wohl des Kindes leiten lassen. Häusliche Gewalt stellt eine Kindeswohlgefährdung dar und ist daher zulasten des Gewalttäters im Sorge- und Umgangsrecht maßgeblich zu berücksichtigen. Bei künftigen Änderungen im Unterhaltsrecht stellen wir sicher, dass diese nicht zulasten der Kinder oder hauptlasttragenden Eltern gehen und eine stärkere Verzahnung des Unterhaltsrechts mit dem Steuer- und Sozialrecht beinhalten.“

Wir unterstützen das Gesetz zur Reform des Kindschaftsrechts (Kindschaftsrechtsmodernisierungsgesetz – KiMoG) von Bundesjustizministerin Stefanie Hubig. Die Neuerungen betreffen u.a. die Stärkung der Kinder in ihrer Rechtsposition, ein erleichtertes gemeinsames

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Sorgerecht nicht verheirateter Eltern, die Stärkung der partnerschaftlichen Kinderbetreuung nach Trennung und weitere Elemente.

Besonders freut uns, dass bei der Familienrechtsreform Artikel 31 der Istanbul-Konvention umfassend umgesetzt wird und häusliche Gewalt im familienrechtlichen Sorge- und Umgangsverfahren zwingend zu berücksichtigen ist. Das elterliche Umgangsrecht darf nicht die Sicherheit eines Elternteils oder des Kindes gefährden und Gewalttäter müssen ihr Umgangsrecht mit den Kindern verlieren.

In Sachsen-Anhalt haben alle gewaltbetroffenen Kinder und Jugendliche mit dem Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Gesetz über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (AGPsychPbG LSA) ein gutes Begleitsystem, das gewaltbetroffenen Kindern und Jugendlichen ein gutes Unterstützungs- und Begleitsystem während eines Prozesses bietet. Die psychosozialen Prozessbegleiter durchlaufen eine spezielle Ausbildung. Die Kosten einer psychosozialen Prozessbegleitung werden auf Antrag übernommen.

In Sachsen-Anhalt ist mehr als jedes 4. Kind armutsgefährdet. Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern sind am stärksten betroffen. Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Gruppe besser vor Armut zu schützen?

Kinderarmut bleibt die größte Gefahr für ein gutes Aufwachsen. Jedes siebte Kind wächst derzeit in Armut auf. Damit findet sich die SPD Sachsen-Anhalt nicht ab. Armutsrisiken werden in allen relevanten Handlungsfeldern bekämpft. Gute und tarifgerecht bezahlte Arbeit der Eltern bleibt der wirksamste Schutz vor Kinderarmut.

Wir wollen die Ausbildung und Erwerbsfähigkeit der Eltern stärken, u.a. durch den Ausbau erfolgreicher Projekte wie MiKA („mit Kind in Arbeit, Ausbildung oder Abschluss“) oder die assistierte Ausbildung, mit der jungen Alleinerziehenden durch intensive Begleitung den Weg aus der Grundsicherung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung geebnet wird. Mindestlohn und Tarifverträge sichern ein stabiles Familieneinkommen. Zahlreiche weitere Sozialleistungen wie Kinderzuschlag, Leistungen aus Bildung und Teilhabe und Wohngeld können das Familieneinkommen verbessern und die Bildungschancen von Kindern erhöhen.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Ein zukunftsfestes Kita-Netz und verlässliche Ganztagsbetreuung unterstützen Eltern dabei, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Geschwisterregelung in der Kita entlastet Eltern mit mehreren Kindern finanziell. Das wollen wir beibehalten. Für die Schule setzen wir uns für die Lernmittelfreiheit ein, um Eltern von hohen zusätzlichen Kosten zu entlasten.

Das Thema Bildung bewegt die Menschen in Sachsen-Anhalt sehr stark. Etwa 10% der Schüler verlassen in Sachsen-Anhalt die Schule ohne Abschluss. Das ist der höchste Wert bundesweit. Welche Maßnahmen planen Sie, um die Schulabbrecherquote zu senken?

Bildungspolitik ist für uns Zukunftspolitik – und eine zentrale staatliche Verantwortung. Wir sind der Auffassung, dass Bildung darüber entscheidet, wie sich ein Land entwickelt: Die SPD steht für ein Bildungssystem, in dem jedes Kind, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, Begabung, Behinderung, finanziellem Status oder Sprache, die gleichen Chancen erhält. Es verbindet frühe Förderung mit guter Schule, berufliche Bildung mit akademischen Wegen und lebenslanges Lernen mit gesellschaftlicher Teilhabe.

Gute Bildung ist kein Selbstläufer. Sie braucht Zeit, gut ausgebildetes Personal, verlässliche Strukturen und politische Priorität. In Sachsen-Anhalt stehen wir den Herausforderungen wie längere Wege, Fachkräftemangel gegenüber und gleichzeitig verändern Digitalisierung, Transformation und neue berufliche Anforderungen das Lernen. Dies verlangt keine kurzfristigen Antworten, sondern eine klare bildungspolitische Linie.

Viele Schülerinnen und Schüler, die in Sachsen-Anhalt eine Förderschule besuchen, werden dort untercurricular unterrichtet und erhalten nach Beendigung ihrer Schulzeit kein anerkanntes Abschlusszeugnis. Diese Schülerinnen und Schüler werden dann als Schulabbrecher gezählt. Das wollen wir ändern und mehr Schülerinnen und Schüler zu einem richtigen Schulabschluss führen. Wir wollen, dass die Kooperationsklassen an den Förderschulen oder an den weiterführenden Schulen für das Erreichen des Ersten Schulabschlusses ausgebaut werden. Denn ein Schulabschluss eröffnet die Möglichkeit einer beruflichen Ausbildung. Wir wollen es nicht hinnehmen, dass Kinder die Schule ohne einen richtigen Abschluss verlassen.

Ein weiterer Teil der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, haben oft vielschichtige Probleme. Für den Lernerfolg unserer Kinder und Jugendlichen und um Schulabbrüche zu verhindern, setzen wir auf

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

multiprofessionelle Teams: Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, (förder-)pädagogische Fachkräfte sowie Fachkräfte für Verwaltung und digitale Ausstattung. Wir setzen uns, wenn keine EU-Mittel mehr zur Verfügung stehen, für ein Landesprogramm Schulsozialarbeit nach 2028 ein.

Wir wollen den Zugang von Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern ohne Abschluss in Ausbildung verbessern und praxisorientierte Alternativen zum berufsvorbereitenden Jahr ausbauen. Das Produktive Lernen als besonderes Schulangebot ist ein erfolgreicher Weg zu einem praxisorientierten Schulabschluss. Das soll verlässlich fortgeführt werden, um Jugendliche bei der Ausbildungssuche und der Ausbildung stärker zu unterstützen.

Die mentale Gesundheit von Kindern ist auch in Sachsen-Anhalt eine wachsende Herausforderung, denn etwa ein Viertel der Kinder leidet unter psychischen Belastungen wie Depressionen, Ängste und Essstörungen.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die seelische Gesundheit junger Menschen in Sachsen-Anhalt verbessern?

In den letzten Jahren haben die psychischen Belastungen, Sorgen und Ängste aber auch psychosomatische Beschwerden bei Kindern und Jugendlichen zugenommen. Die krisenhaften Ereignisse der letzten Jahre, u.a. in der Corona-Pandemie haben die mentale Gesundheit ebenfalls belastet. Dies zeigen auch alle vorliegenden Studien – auch wenn sie bereits älter sind. Die Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche in Sachsen-Anhalt als psychische Erkrankungsbilder häufiger Depressionen, Angst- und Essstörungen aufweisen – und dass mehr Mädchen als Jungen betroffen sind. Auch zeigen die Studien (u.a. DAK, Universitätsmedizin Halle), dass unsere jungen Menschen eher psychosomatische Erkrankungen wie Schlafprobleme, das Gefühl von Einsamkeit haben und eher Alkohol und Tabak, Süßigkeiten und Softdrinks konsumieren als ihre Altersgenossen in anderen Bundesländern. In den letzten Jahren hat auch die politische Aufmerksamkeit für die psychische Gesundheit zugenommen. Es gibt verschiedene Maßnahmen der Krankenkassen und anderer Anbieter, die präventiv wirken und in den verschiedenen Ressorts wie Schule, Berufsschule, um betroffenen Kindern und Jugendlichen zu helfen und zu unterstützen. Diese Projekte und Maßnahmen wollen wir fortführen.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt nimmt der Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen zu. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie in Ihrem Land den (Schul-)Sport und die Bewegung in den Lebenswelten der Kinder gezielter fördern?

Wenn Kinder und Jugendliche frühzeitig Spaß an der Bewegung und am Sport haben, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie diesen auch als Erwachsene ausüben. Das Land setzt dabei bereits auf Bewegung in den Kitas („Bewegte Kita“) und die Verankerung im verpflichtenden Bildungsprogramm „Bildung:elementar“, auf den Schulsport und das Projekt „Grundschule in Bewegung“ sowie „bewegte Schule“. Der Landessportbund vergibt Gutscheine für den Vereinssport und sucht aktiv die Kooperation mit Kitas, Grund- und weiterführenden Schulen, um für den Vereinssport („Schule in Sport und Verein“) zu werben. Die Zahl der Kinder, die im Verein sportlich aktiv sind, hat nach der Corona-Pandemie wieder zugenommen.

In Sachsen-Anhalt kommt in der Krippe (U3) im Schnitt eine Fachkraft auf mehr als sechs Kinder. Experten der Bertelsmann Stiftung empfehlen hingegen einen Schlüssel von 1:3 bis 1:4 für Krippenkinder.

Welche Maßnahmen planen Sie, um den Betreuungsschlüssel als auch die Qualität bei der frühkindlichen Bildung zu verbessern?

Sachsen-Anhalt hat im bundesweiten Vergleich eine sehr gute Kinderbetreuung, die natürlich noch besser werden kann. Jedes Kind – egal welchen Erwerbsstatus seine Eltern haben – hat nach KiFöG einen gesetzlichen Anspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung von bis zu 10 Stunden täglich. In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen stieg die Betreuungsquote von 92,9 % auf 98,8 % (+5,9 %). Damit besucht fast jedes Kind eine Kita. Eine gute Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung ist für alleinerziehende berufstätige Frauen und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in einem Land mit längeren Wegen immens wichtig. Eine Absenkung oder Verringerung dieser Standards ist für die SPD nicht verhandelbar.

Wir verstehen unsere Kitas als Orte der frühkindlichen Bildung mit einem eigenen pädagogischen Ansatz. In den Kitas werden jeden Tag Wissen, soziale Kompetenzen und Miteinander vermittelt. Das verpflichtende Bildungsprogramm „bildung:elementar“ wurde kürzlich überarbeitet und bietet eine gute tägliche Arbeitsgrundlage für die pädagogischen Fachkräfte. Im bundesweiten Vergleich hat Sachsen-Anhalt eine sehr hohe Quote (über 90%) an bestens ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern (Fachkraftquote). Daran

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

werden wir weiterhin festhalten, um für die Kleinsten beste Bedingungen für ein gelungenes Aufwachsen zu bieten.

Mit dem Programm KITA STABIL und der Änderung des KiFöG haben wir auf die demographische Entwicklung im Land reagiert. Es werden derzeit viel weniger Kinder geboren, die dann auch keine Krippe oder Kita besuchen. Die zurückgehenden Kinderzahlen haben Auswirkungen auf das Finanzierungssystem unseres KiFöG. Mit KITA STABIL steuert das Land dagegen. Es basiert auf zwei Säulen: Zum einen die Bildungspauschale für die pädagogischen Fachkräfte. Wir investieren bewusst in das, was gute Bildung ausmacht: die Erzieherinnen und Erzieher, die eine zweitägige Fortbildung zur Vermittlung des weiterentwickelten Bildungsprogramm „Bildung elementar“ wahrnehmen können.

Die demographische Entwicklung im Land ist eine Herausforderung, aber sie birgt auch Chancen. Mit der Demografiepauschale und einem speziell entwickelten Flächenfaktor stellt das Land 14,2 Millionen Euro für 2026 und 38,1 Millionen Euro für 2027 zur Verfügung. Und das Geld ist gut investiert und solide finanziert, denn es bedeutet: mehr Personal, mehr Stabilität, weniger Druck. Es bedeutet bis Ende 2028 eine bessere Personalausstattung in den Kitas. Mehr Zeit und Personal für die Kleinsten. Die Demografiepauschale bedeutet unter dem Strich mehr Personal zusätzlich zum Mindestpersonalschlüssel!

Mittelfristig bedeutet dies eine Entlastung der Fachkräfte, Sicherung des Nachwuchses, Aufstockung von Teilzeitverträgen und Stärkung der Qualität und vor allem die Vermeidung von Kita-Schließungen im ländlichen Raum. Wir wollen nicht, dass reihenweise Kitas schließen müssen. Das schließt Strukturentscheidungen der Kommunen zur Optimierung ihrer Kitalandschaft nicht aus.